

Einleitungsbeitrag zum Kommunalpolitischen Frühstück am 7. Mai 2017

Wessen Interessen vertritt die AfD?

Seit ihrer Gründung 2013 wird die AfD durch eine zunehmende mediale Berichterstattung als eine tatsächliche Wahlalternative aufgewertet, oft auch als „Protestpartei“. Im aktuellen Wahlkampf versuchen Leute wie Guido Reil die AfD gar als „Partei der kleinen Leute“ darzustellen.

Wenn sie eine solche Partei wäre, dann sollte man sie schon mal auf Demonstrationen und Protestaktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung wie aktuell in der Stahlindustrie, gegen Rentenkürzungen oder gegen Umweltverbrechen wie Dieselgate gesehen haben. Fehlanzeige! Die einzigen Demonstrationen, wo man die AfD sehen kann, sind Proteste gegen Geflüchtete wie die Pegida-Aufmärsche, wo unter dem Schutz der Polizei sogenannte Wutbürger ihren Frust und Hass an denen ausleben, die am allerwenigsten dafür können. Das ist keine Protest-, das ist eine Pogrompartei. Denn im Kern wollen sie uns weismachen, dass alle unsere Probleme gelöst wären, wenn wir ein ethnisch gesäubertes und völkisch ausgerichtetes Land wären.

Sozialpolitik ist deshalb für diese Partei nicht nur ein Fremdwort, sondern ein einziges Übel. Konrad Adam, einer der AfD-Gründer, brachte die ganze Menschenverachtung und Massenfeindlichkeit dieser Partei zum Ausdruck, als er bezweifelte, dass es richtig war, den Ausgebeuteten und Unterdrückten überhaupt das Wahlrecht zu geben:

„Ob das ein Fortschritt war, kann man mit Blick auf die Schwierigkeiten, die der deutschen Politik aus ihrer Unfähigkeit erwachsen sind, sich aus der Fixierung auf unproduktive Haushaltstitel wie Rente, Pflege, Schuldendienst und Arbeitslosigkeit zu befreien, mit einigem Recht bezweifeln. Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die Aktiven und zerstört den Willen zur Zukunft, indem es die Kräfte des Landes zur Finanzierung von Vergangenheiten einspannt und verbraucht.“

Da die AfD jedoch auch vermehrt unter diesen von ihr verachteten und als überflüssig und faul diffamierten Menschen auf Stimmenfang geht, wurden einige allzu krasse Positionen im Grundsatzprogramm etwas abgemildert:

- Die ursprüngliche Forderung nach einer Privatisierung des Arbeitslosengelds I wurde erst mal fallen gelassen.
- Auch die völlige Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohnes wurde nicht ins Programm geschrieben. Das ist jedoch völlig unerheblich, denn sämtliche führende AfDler lehnen einen Mindestlohn trotzdem weiter ab.
- Ihre Positionen zu Hartz IV hängt die AfD lieber erst gar nicht an die große Glocke, denn dazu hat sie nicht viel zu sagen, außer Andeutungen, dass der Hartz-IV-Satz eher zu hoch sei und deshalb zu wenig „Anreiz“ biete, Arbeit zu suchen.

Dass dennoch bei den letzten Landtagswahlen ausgerechnet relativ viele Arbeitslose AfD wählten, zeigt, dass hier noch viel Aufklärungsarbeit nötig ist.

Wessen Interessen die AfD wirklich vertritt, zeigt sich auch in der Steuerpolitik: Erbschafts- und Vermögenssteuer will sie ganz abschaffen, den Spitzensteuersatz weiter senken. Die Gewerbesteuer, wichtige Einnahmequelle der Kommunen, soll „überprüft“ werden. Selbst so wirkungslose Reförmchen, wie die Mietpreisbremse werden als „merkel-sozialistisches“ Teufelszeug gesehen.

Die AfD macht eine Politik, die wesentlich ihrer sozialen Basis entspricht. Und das sind eben nicht Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose. Obwohl bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 2016 relativ viele Arbeiter und Arbeitslose (jeweils knapp über 30%) AfD gewählt hatten, stellte der ba-wü AfD-Chef Jörg Meuthen danach ausdrücklich klar: *„Wir können nicht nur eine Partei der Geringverdiener und Arbeitslosen sein.“*

Die hauptsächliche soziale Basis der AfD sind heute Klein- und mittelständische Unternehmer und Kleingewerbetreibende, die sich von der Allmacht der großen Konzerne, des internationalen Finanzkapitals und seines Staates ständig in ihrer Existenz bedroht und bevormundet sehen und einen Ausweg in nationalistisch-völkischer Abschottung suchen.

Unter den führenden AfDlern sind selbst einige verkrachte Unternehmerexistenzen, wie Frauke Petry, die mit ihrer Firma in Konkurs ging oder Andre Poggenburg, Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt (und enger Höcke-Freund), gegen den mehrere Haftbefehle wegen betrügerischer Machenschaften bei der Schließung seiner Firma vorlagen.

Wesentliche Führungsfiguren kommen aus etablierten Parteien:

- Alexander Gauland war immerhin 40 Jahre in der CDU und brachte es bis zum Leiter der hessischen Staatskanzlei.
- Markus Pretzell, Landesvorsitzender in NRW und Ehemann von Frauke Petry war jahrelang FDP-Mitglied
- Insgesamt kommen viele AfD-Funktionäre aus der zweiten Reihe von CDU und FDP. Viele sind studierte Wirtschaftswissenschaftler oder Rechtsanwälte, einige ehemalige Springer- oder FAZ-Journalisten.

Entsprechend ihrer Herkunft sind sie fit in dem, was viele Menschen zu Recht an den bürgerlichen Parteien abstößt: übles Intrigantentum und dubioses Finanzgebaren.

Auf die Sache mit den Finanzen will ich hier näher eingehen. Ende April wurde mit der Post ein sogenanntes „Extrablatt für die Landtagswahl“ an viele Haushalte in NRW verteilt. Etwa 90 Prozent des Blattes besteht aus primitivster rassistischer Hetze und Stimmungsmache gegen Zuwanderer und Flüchtlinge und ehrenamtlichen Helfer. Es ist geradezu obszön, wie hier erst Ängste vor immer neuen Verbrechenswellen geschürt werden, die dann benutzt werden, um die deutsche gegen die migrantische Bevölkerung aufzuhetzen.

Die Auflage von 3 Millionen für die Landtagswahlen in S-H und NRW kostet nach Schätzungen 500.000 €. Erst auf den hinteren Seiten wird überhaupt die AfD erwähnt. Diese getarnte AfD-Wahlzeitung wird von Spendern finanziert, die auf diese Weise anonym bleiben können. Normalerweise müssen Parteispenden über 10.000 € veröffentlicht werden. Die Finanzierung der Zeitung gilt aber nicht als Parteispende, da als Herausgeber der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“ fungiert, der angeblich keinerlei Verbindungen zur AfD hat. Der Vereinsvorsitzende David Bendels (bis 2016 Mitglied der CSU) verbirgt seine Nähe zur AfD allerdings nur mühsam. Stolz präsentiert er auf seiner Facebook-Seite ein Foto, wo er neben der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel und Thilo Sarrazin zu sehen ist.

Auch sonst ist die AfD in Fragen der illegalen Parteienfinanzierung so fit wie CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNE. Ich erinnere nur an die „Rent-a-Sozi“-Affäre der SPD, wo man für viel Geld einen hohen SPD-Funktionär für seine Veranstaltung buchen konnte.

Für jede Wählerstimme erhält eine Partei mittlerweile 83 Cent staatlichen Zuschuss ab einer bestimmten Zahl von Wählern. Hinzu kommen Zuschüsse für Mitgliedsbeiträge und Spenden. Allerdings bekommt eine Partei nur Zuschüsse in Höhe der selbst erwirtschafteten Einnahmen. Bei der AfD wären das 2014 statt möglicher 5 Mio. € nur 4 Mio. gewesen. Um entsprechende Einnahmen zu generieren, gründeten Lucke und Co. einen AfD-Goldshop, der völlig überbewertete vergoldete D-Mark-Münzen anbot und tatsächlich entsprechende Umsätze erzielte.

Seit ihrer Gründung hat diese Partei einen Entwicklungsprozess von einer ultrareaktionären zu einer faschistoiden Partei durchgemacht. Gegründet als Reaktion auf den Euro-Rettungsschirm stand zunächst eine reaktionäre, nationalistische Kritik an der EU und dem Euro im Vordergrund. Mit der Herausbildung der Krise der bürgerlichen Flüchtlingspolitik rückte jedoch politisch zunehmend die rassistische und völkische Ausrichtung der AfD in den Vordergrund. Das führte im Juli 2015 zur Spaltung der AfD. Während ein kleiner Teil um die Gründer Bernd Lucke und Hans Olaf Henkel die AfD verließ, setzten sich die Kräfte um Frauke Petry, Alexander Gauland, Jörg Meuthen und Beatrix von Storch durch, die für ein faschistoides Profil der AfD stehen und es immer deutlicher formulierten. Von Anfang an gab es mehr oder weniger enge Beziehungen und Wechselwirkungen mit faschistoiden und offen faschistischen Bewegungen, Organisationen und Netzwerken, wie Pegida oder der sogenannten „Identitären Bewegung“. Wie offen man zu diesen Bewegungen ist, ob man mehr oder weniger offen einen faschistischen Flügel in der AfD toleriert, führte zu neuen Auseinandersetzungen in der AfD-Führung, die mit dem (vorläufigen) Verdrängen von Frauke Petry in der Parteiführung und als mögliche Spitzenkandidatin bei der Bundestagswahl endeten.

Das neue Spitzenduo der AfD zur Bundestagswahl besteht aus Alexander Gauland und Alice Weidel. Zu dem faschistoiden Höcke-Versteher und –Verteidiger Gauland möchte ich nicht viel sagen. Alice Weidel begann nach dem Wirtschaftstudium bei der berüchtigten Investmentbank Goldman Sachs und ging danach zu Allianz Global Investors, wo sie es bis in den Vorstand schaffte. Beide sind herausragende Akteure des internationalen Finanzkapitals. Dass die AfD keineswegs auf die Vertretung der Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen beschränkt, sondern gerade auch für das internationale Finanzkapital interessant und nützlich sein will, macht Weidel deutlich, indem sie fordert, die Regierung müsse VW im Abgasskandal den Rücken stärken. Das tut die Große Koalition natürlich auch ohne Aufforderung von Frau Weidel von Anfang an.

Aber natürlich bedient Weidel im Wahlkampf vor allem die völkisch-rassistische Schiene ihrer Wutbürger-Massenbasis. Auf ihrer Facebook-Seite postet Weidel eine Meldung über die Rettung tausender Flüchtlinge aus Seenot im Mittelmeer während der Ostertage mit dem Kommentar "grenzenlose Verblödung". Diese grenzenlose Unmenschlichkeit ist unerträglich. Eine solche Partei ist nicht nur nicht wählbar – sie muss auch konsequent bekämpft werden. Sie ist nicht Anwalt der „kleinen Leute“, sondern betreibt im Interesse der Herrschenden das Geschäft der Spaltung der „kleinen Leute“.